Nummer 41

# Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 75. Jahrgang. Sonnabend, 25. Januar 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte keine Verantwortung | Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt keine Manuskripte einsenden

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk. Polit. Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Hans Koppen. Lokales und Sport: Gerhard Kenner. Inseratenteil: L. D.: H. Lorenz, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlags-Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,80 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1930 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 155 frans. Francs, Belgien 44 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 27 schwedische Kronen, Norwegen 28 norwegische Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

## Untergang der „Monte Cervantes".

### Der Kapitän vermißt.

**Hamburg**, 24. Januar.

Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat von ihrer Niederlassung in Buenos Aires folgendes Telegramm erhalten:

**„Monte Cervantes" ist gestern um 21 Uhr schnell nach Steuerbord gekentert. Es war kaum genügend Zeit, daß sich die noch an Bord befindlichen Offiziere retten konnten. Kapitän Dreyer, der beim Untergang des Schiffes auf der Kommandobrücke stand, wird vermißt.**

TU **Hamburg**, 24. Januar.

Ueber die Kenterung der „Monte Cervantes" ist bei der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft vom argentinischen Marineministerium ein Telegramm eingegangen; daß das Schiff nur noch mit dem Backbordschraubenflügel aus dem Wasser hervorragt.

Mit dem Eintreffen des nach Ushuaia unterwegs befindlichen Schwesterschiffes, der „Monte Sarmiento", ist am 27. Januar zu rechnen. Nach Uebernahme der 1100 Passagiere und der etwa 400 Mann starken Besatzung sowie des Gepäcks, wozu etwa ein Tag erforderlich sein dürfte, wird die „Monte Sarmiento" sofort die Rückreise nach Buenos antreten und dort die Fahrgäste voraussichtlich am 1. oder 2. Februar landen. Die gesamten Lebensmittel konnten von Bord der „Monte Cervantes" noch rechtzeitig geborgen und nach Ushuaia geschafft werden, so daß für die Verpflegung der Schiffbrüchigen ausreichend gesorgt ist. Auch konnte der größte Teil des Gepäcks gerettet werden. Der Reederei dürfte durch den Verlust des Schiffes ein größerer finanzieller Schaden nicht erwachsen, da die Versicherung bei ersten Hamburger und Londoner Gesellschaften gedeckt ist.

**Im Heimathafen Hamburg**

ist die Trauer über das tragische Ende des stolzen und beim Reise-Publikum beliebten Schiffes allgemein. Die Nachricht, daß sämtliche Passagiere und die Besatzung gerettet werden konnte, wurde mit größter Befriedigung aufgenommen, wenn auch wahrscheinlich nach den letzten Mitteilungen mit dem Tode des Kapitäns Dreyer zu rechnen ist.

Kapitän Dreyer ist gebürtiger Blankeneser und stand im 56. Lebensjahr. Er war ein bewährter, erfahrener und beliebter Kapitän und bereits seit dem Jahre 1899 in den Diensten der Hamburg-Süd. Das Kommando der „Monte Cervantes" hatte er seit dem März vorigen Jahres inne.

### Ueber die Versicherungslage

meldet unser Hamburger B-Korrespondent:

Nachdem jetzt feststeht — das Schiff ist inzwischen gesunken —, daß die im Beagle-Kanal (Feuerland) gestrandete „Monte Cervantes" verloren ist, sind heute die beteiligten Versicherungsgesellschaften in Hamburg zur ersten Besprechung zusammengekommen. Das 13800 Brutto-Register-Tonnen große, 1927 bei Blohm & Voß gebaute Motorschiff hat nach unseren Informationen einen Bauwert von etwa 11 Millionen Mark, der von der Versicherung allerdings nicht erfaßt werden dürfte. Wahrscheinlich wird der Buchwert versichert sein. Zahlenangaben sind nicht zu erhalten. Ohne Anspruch auf Richtigkeit zu erheben, spann man etwa schätzen, daß vielleicht 20 bis 25 Prozent des Bauwertes auf das 1928 in Dienst gestellte Schiff nach dem jetzt vorliegenden Abschluß der Reederei abgeschrieben sein können. Dann könnten etwa acht Millionen Mark unter die Versicherung fallen. Rechnet man den Durchschnittswert der Hamburg-Südamerika-Flotte, so ergäben sich vier Millionen Mark für die „Monte Cervantes", jedoch ist eine solche Rechnungsart nicht zulässig, da jedes Schiff natürlich entsprechend seiner Qualität und seines Alters verschieden bewertet ist. Die Versicherung läuft bei zahlreichen Gesellschaften in Hamburg und London, so daß irgendwelche Deckungsschwierigkeiten für die fälligen Versicherungssummen nirgends zu befürchten sind. Bei dem Verlust des Schiffes handelt es sich um einen Vorfall, der gewissermaßen in der Versicherung vorausgesetzt ist, so daß die Deckung also wesentlich einfacher ist, als zum Beispiel seinerzeit bei dem Brand der „Europa". Die Hamburg-Süd teilt auf Anfrage mit, daß der Schaden gedeckt ist, und nach weiteren Auskünften besteht auch keine teilweise Eigenversicherung für das Schiff. Der Verlust trifft die Reederei aber immerhin mit einem nicht nur sehr modernen Schiff, sondern auch einem Schiff besonderer Verdienstqualität, wofür schon zeugt, daß die Verwaltung, wie gemeldet, sich gerade entschlossen hat, ein neues Schiff dieses Typs zu bauen, das nun erst einmal von einem zuständigen zu einem Erfahrbaren wird.

## Der „Herr Professor aus Brünn" . . . .

Vor einigen Monaten, es war wohl im Oktober 1929, besuchte eine Anzahl deutscher Journalisten das goldene Prag. Hier wurden diese Journalisten auch von dem tschechischen Außenminister Dr. Benesch empfangen. Sehr liebenswürdig und nett. Und Minister Dr. Benesch hielt an diesen deutschen Besuch eine sehr kluge und geschickte Ansprache, worin er das Verhältnis der heutigen Tschechoslowakei zu Deutschland mit gewinnendem Lächeln als fast freundschaftlich pries und mit duftendem Rosenöl übergoß. Und so aus dem Handgelenk glaubte er die Feststellung machen zu müssen, daß es in den zehn Jahren, seitdem er das tschechische Ministerium des Aeußeren betreute, „noch keinen ernsthaften Konflikt mit Deutschland gegeben hätte". Natürlich nicht. Denn für so töricht würde niemand Dr. Benesch halten, daß er bei der starken deutschen Minderheit im eigenen Lande Konflikte mit dem trotz seiner heutigen militärischen Ohnmacht immer noch mächtigen Deutschland heraufbeschwören und so zuspitzen könnte, daß daraus schwere Erschütterungen der jungen, ohnehin noch nicht konsolidierten Tschechoslowakei entstehen müßten. Herr Benesch ist durch die Schule Masaryks und Kramarschs gegangen und kennt alle großen und kleinen Mittel der tschechischen Minierarbeit im Kriege, die zum großen Teile den Zusammenbruch des alten Oesterreich verursacht hat. Weiß ebenso um den englischen cant Bescheid als um die vielgerühmte „Ritterlichkeit" der „Grands Nation". Darum weiß er auch, daß in diesem, allerdings ungeschriebenen, englisch-französischen Lehrbuch der Politik und Diplomatie der oberste Lehrsatz lautet, daß der Zweck alle Mittel heilige.

Diese Schule hat Herr Benesch mit bestem Erfolge besucht. Das beweist schlagend eine Indiskretion des tschechisch-lausitzer Blattes „Vestnik" in Nr. 7 vom 20. September 1929, die jetzt erst bekannt wird. Die Ausführungen des erwähnten tschechisch-lausitzer Blattes lauten in wörtlicher Uebersetzung also: „An der diesjährigen großen „Orel"feier (katholische Sokoln) in Prag beteiligte sich auch eine Abordnung aus der Lausitz, geführt von Professor J. Bryl aus Bautzen. Die Teilnehmer wurden am Bahnhofe auch von Vertretern des A. Cerny Vereines willkommen geheißen. Außer der üblichen Besichtigung Prags und der Umgebung — Zbraslav — waren die Gäste aus der Lausitz im Prager Stadion als Zuschauer bei den Freiübungen der „Orel" anwesend und beteiligten sich am Umzuge. Prag nahm die Abordnung aus der Lausitz mit der gleichen Liebe auf, wie bei den sonstigen Besuchen. **Hierbei wurde auch über die Uebertragung der Orelorganisation in die Lausitz verhandelt; als die Auswirkung dieser Verhandlungen war die Reise des Ministers Srámek, des Vorstandes der Orelorganisation in der Tschechoslowakischen Republik, Mitte Juli durch die wendisch-katholischen Dörfer der Lausitz anzusprechen. Der „Herr Professor aus Brünn"** interessierte sich für das Leben der Lausitzer und war von seiner Reise sehr befriedigt. Die wendische Geistlichkeit erhält nun vom tschechoslowakischen Orelturn moralische und finanzielle Unterstützung zum Plane der Uebernahme aus Böhmen. Ob es gelingen wird, dafür auch die katholischen Sokolvereine zu gewinnen, wo derzeit zähe Propaganda getrieben wird, ist eine Frage der Zukunft. Die Zersplitterung der nationalen Organisationen in der Lausitz bedeutete immer einen Verlust, denn nur in der Einheit liegt die Kraft."

Es ist notwendig, den Kern dieser Indiskretion, über die die Tschechen alle Hände halten und nichts in die sonstige Presse haben gelangen lassen, klar herauszuschälen. Der tschechoslowakische Minister Monsignore Srámek hat Mitte Juli vorigen Jahres eine Reise durch die wendischen katholischen Dörfer der sächsischen Lausitz unternommen. Ganz harmlos natürlich, und harmlos wohnte er auch in dem deutschen Kloster Mariastern, wo er der geschrte und liebenswürdige geistliche „Herr Professor aus Brünn" war. Der Zweck seiner Reise war aber, die Frage der Uebertragung der tschechischen Orel-Organisationen, einer den Sokolvereinen ähnlichen Vereinigung katholischer Turnvereine der Tschechoslowakei, in die Lausitz zu prüfen. Der geheimnisvolle Reiz des Herrn Professors aus Brünn umgab diese „harmlose Studienreise" mit solch einem Schimmer, daß die Maske des nationalchechischen Ministers nicht erkannt wurde. Und so stark konnte sich der Herr Minister Monsignore Srámek, Professor aus Brünn, für das Leben der Lausitzer interessieren, daß er von dem Ergebnis seiner Reise hochbefriedigt heimkehrte. Und das Ergebnis dieser Reise Nun, die intransigente wendische Geistlichkeit wird wohl vom tschechischen Orelturn künftighin moralische und finanzielle Unterstützung für

## Zank um Pfründen und Pöstchen.

### Die „Koalitionsverhandlungen" in Preußen.

Die Verhandlungen über die Bildung einer großen Koalition in Preußen dürften auch im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends keine Fortschritte gemacht haben. Vorläufig wird ja überhaupt nicht zwischen Fraktion und Fraktion offiziell verhandelt, sondern immer nach zwischen einzelnen besonders interessierten Persönlichkeiten bzw. Cliquen, wobei es noch sehr fraglich ist, ob sich sämtliche Verhandlungsführer auf einen Auftrag oder sonst welche Autorisation seitens ihre Fraktionen berufen können.

Bemerkenswert ist nach wie vor der heftige Widerstand der Demokraten gegen die Verzichte, die ihnen von ihren bisherigen Koalitionspartnern zugemutet werden. Das gilt besonders für die beabsichtigte Ersetzung des Kultusministers Becker durch den Sozialdemokraten König. So schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt": „Keinesfalls darf, falls einmal eine solche Umbildung erfolgen soll, sie nebenbei dazu benutzt werden, um im Interesse irgend einer Parteiarithmetik eine personelle Verschlechterung des Kabinetts herbeizuführen." Mit der „Verschlechterung" ist der „Genosse" König gemeint und, damit ja kein Zweifel entstehen kann, fügt das „Berliner Tageblatt" hinzu, die demokratische Partei widersetze sich mit Recht den sozialdemokratischen Wünschen, an Stelle Beckers einem sozialdemokratischen Abgeordneten zu setzen. Noch weiter geht der „Demokratische Zeitungsdienst", der den Protest auch sogar auf den (von der demokratischen Landtagsfraktion schon halb zugestandenen) Wechsel im Handelsministerium ausdehnt. Ein Rücktritt Dr. Schreibers zugunsten des Volksparteilers Leidig wäre „mit den staatspolitischen Interessen nicht in Einklang zu bringen". Auch gegen die Errichtung eines (der Deutschen Volkspartei zugedachten) Ministeriums ohne Portefeuille wendet sich das parteioffiziöse demokratische Organ. An sich haben die Demokraten natürlich recht, wenn sie erklären, daß es sich hier um eine mit dem Gebot äußerster Sparsamkeit unvereinbare Ausgabe handeln würde. Man darf aber wohl die Vermutung aussprechen, daß es den besorgten demokratischen Gemütern nicht so sehr um „staatspolitische Notwendigkeiten" oder um „Sparsamkeit" zu tun ist, als vielmehr um die Wahrung rein parteipolitischer Interessen.

Daß gilt natürlich in gleichem Maße von der Sozialdemokratie, **die mit der politischen Absicht, die wankende Reichs-Koalition von Preußen her zu stützen, auch die personell-geschäftliche Auswirkung der geplanten Koalitionserweiterung sehr wohl zu verbinden weiß.** So erheben sie zum Beispiel nicht nur auf das Kultusministerium, das der „Genosse" König bekommen soll, sondern auch auf das Oberpräsidium in Kassel Anspruch. Ihre Wünsche kreuzen sich dabei sowohl mit denen der Deutschen Volksparteiler, wie auch der Demokraten, die das Kasseler Oberpräsidium ihrem Handelsminister Schreiber, für den Fall seines Rücktritts, gewissermaßen als Schmerzensgeld zugedacht hatten. Lakonisch bemerkt dazu der „Vorwärts": „Für das Kasseler Amt kommt ein Sozialdemokrat in Frage." Streit- und Kuhhandelsobjekt bildet schließlich auch noch die Stelle des Staatssekretärs im preußischen Innenministerium. Die Deutsche Volkspartei — d. h. nicht die Fraktion, sondern ihre mehr oder weniger selbstherrlichen Verhandlungsführer haben das genannte Staatssekretariat beanspruht für den Fall, daß es nicht zur Errichtung des ominösen Ministeriums ohne Portefeuille käme, sondern zu der auch vor Jahresfrist erörterte Idee, einen amtierenden volksparteilichen Reichsminister mit Sitz und Stimme, aber ohne Gehalt in die preußische Regierung aufzunehmen. Auch dagegen haben sich verschiedenartige Widerstände geltend gemacht. Herr Grzesinski will keinen Volksparteiler zum Staatssekretär haben, und die Demokraten sind dagegen, daß ihr Parteifreund Abegg, der gegenwärtig die Stelle inne hat, abgeschoben wird.

Alles in allem: der Parlamentarismus zeigt sich wieder einmal von seiner häßlichsten Seite. Von grundsätzlichen politischen Fragen, Forderungen, Imponderabilien ist überhaupt nicht die Rede: man zankt sich um Pfründen und Pöstchen. Es erscheint uns allerhöchste Zeit, daß sich die Deutsche Volkspartei aus der ganzen wenig erfreulichen Angelegenheit reinlich zurückzieht. Die Finger davon, ehe man sie sich verbrennt! —jus.

## Kein neuer Tariferhöhungs-Antrag der Reichsbahn.

**Zu den gestern abend verbreiteten Informationen, wonach in der am 28. Januar stattfindenden Verwaltungsratssitzung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nochmals eine Tariferhöhung vorgeschlagen werden soll, und zwar eine Erhöhung der Tarife für die Klassen C bis F um 3,5 bis 9 Prozent, während die Klassen A und B unverändert bleiben sollen, hören wir von zuständiger Stelle, daß dies nicht zutrifft. Die Verwaltungsratssitzung am 28. Januar wird sich mit der Tariffrage gar nicht beschäftigen. Der bekannte Antrag auf Tariferhöhung liegt bei den zuständigen Ministerien, bei denen weiterhin Beratungen darüber schweben, wie der Finanzbedarf der Reichsbahn befriedigt werden kann und wie die notwendige finanzielle Entlastung herbeizuführen ist. Diese Beratungen sind noch zu keinem Abschluß gelangt, so daß also auch noch nicht feststeht, ob eine Tariferhöhung und in welcher Form eintreten wird.**

## Wann tritt der Zentralvorstand der D. B. P. zusammen?

TU **Halle**, 24. Januar.

Der Vorsitzende des Ortsvereins der DVP. Halle, Hauptmann a. D. Mathy, äußert sich in einem längeren Artikel in der „Saale-Zeitung" zu der bekannten Entschließung des Ortsvereins gegen das Haager Abkommen. Er erklärt unter anderem, Dr. Curtius und Professor Mudenhauer hätten sich ehrlich bemüht, an einer gerechten Liquidierung des Weltkrieges zu arbeiten. Dies habe der Ortsverein Halle auch ausdrücklich anerkannt, und damit entfielen alle Annahmen und vielleicht Hoffnungen, die aus der Veröffentlichung der Entschließung Differenzen innerhalb der Partei konstruieren wollten. **Er wendet sich aber dagegen, daß jetzt sozialistische Gewerkschaften und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Auslandsanleihen entgegen dem Rat des sachverständigen Reichsbankpräsidenten fordern und damit nur den innerpolitischen Kampf gegen einen ihnen unbequemen Mann führen wollten.** Um die Voraussetzungen für eine weitere Mitarbeit der DVP. im Reich und in Preußen zu klären, fordert er erneut die Einberufung des Zentralvorstandes. — Die **Vertrauensleute der DVP. aus dem Saale-Kreis** haben sich in einer Entschließung der Forderung des Ortsvereins Halle auf Einberufung des Zentralvorstandes angeschlossen.

## Zündholzmonopol und Konsumgenossenschaften.

### Ein Kompromiß?

Im Reichstag fand gestern nachmittag eine interfraktionelle Besprechung zwischen den Regierungsparteien und dem Reichsfinanzminister Moldenhauer über das Zündholzmonopolgesetz statt. Bekanntlich hatte die ungerechtfertigte Bevorzugung der sozialistischen Konsumvereine, die von dem früheren Reichsfinanzminister Hilferding in das Gesetz hineingeschmuggelt worden war, während der ersten Lesung im Plenum nicht die Billigung der bürgerlichen Mittelparteien gefunden, während die Sozialdemokraten erklären ließen, sie würden das ganze Gesetz ablehnen, falls die für die Konsumgenossenschaften günstigen Bestimmungen gestrichen würden. Auch gestern kam trotz langer Dauer der interfraktionellen Verhandlungen keine volle Einigung zustande. Immerhin wurde ein „Kompromiß" vorbereitet auf ungefähr folgender Grundlage:

**Das Kontingent der Konsumgenossenschaften soll variabel sein und sich jeweils nach dem Umfange des Absatzes richten. Der in der Regierungsvorlage festgesetzte Höchstpreis soll auch für die Konsumgenossenschaften als Einheitspreis bindend sein. Die Konsumgenossenschaften sollen weiter verpflichtet werden, sich hinsichtlich Qualität und Ausstattung der Ware den Verhältnissen der Industrie anzugleichen.**

Wenn auch somit der Gefahr eines Unterbietens oder Dumpings der Industrie durch die Konsumgenossenschaften etwas vorgebaut werden würde, so erschien das Kompromiß dennoch den Vertretern der Deutschen Volkspartei gestern abend noch nicht annehmbar. Sie verlangten vielmehr weitere Sicherungen. Darüber soll heute verhandelt werden.